

Osteuropa kompakt

Aktuelles aus Steuern und Wirtschaft

43. Ausgabe, März 2008

Bulgarien

Einheitlicher Steuersatz

Vom 1. Januar 2008 an werden jegliche Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit, unabhängig vom Status des Steuerwohnsitzes des Einkommensempfängers, mit einer pauschalen Steuer i. H. v. 10 % belastet. Zu den Einkünften aus Arbeitsverhältnissen werden auch Managerhonorare hinzugerechnet, die an in Bulgarien ansässige Personen gezahlt werden.

Der oben genannte Steuersatz gilt auch in folgenden Fällen:

Veräußerungsgewinne aus Immobilien, Einkünfte aus selbständiger Tätigkeit, Dienstleistungsgebühren, Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung, Einkünfte aus Urheberrechten und Lizenzen.

Beteiligungserträge Liquidationserlöse

Die aus Bulgarien stammenden Dividenden und Erträge aus der Auflösung einer Gesellschaft, die von in Bulgarien ansässigen Personen empfangen werden, sind mit einem Steuersatz i. H. v. 5 % zur Besteuerung (im Jahr 2007 betrug der Steuersatz 7 %). Dieser Steuersatz gilt für in Bulgarien aber auch im Ausland ansässige Personen. Der 5%-Steuersatz (2007: 7 %) findet auch Anwendung bei Dividenden und Einkünften aus ausländischen Quellen, jedoch nur bei in Bulgarien ansässigen Steuerpflichtigen.

Steuerabzüge

Der Freibetrag für Eltern mit Kindern wurde abgeschafft. Spenden verbleiben abzugsfähig bis zu der Höhe von 5 % der Bemessungsgrundlage, wenn sie an bestimmte im Gesetz aufgelistete Organisationen und juristische Personen abgegeben wurden. Die Möglichkeit der Steuerminderung durch Ausgaben für Spenden an natürliche Personen (z. B. Behinderte, sozial Benachteiligte) besteht nicht mehr.

Die gesetzlich anerkannten Werbungskosten bei Bezügen von Geschäftsführern wurden auch abgeschafft. Bislang waren Manager dazu berechtigt, die Bemessungsgrundlage um 10 % zu reduzieren. Die abzugsfähigen Aufwendungen bei anderen Einkunftsarten wurden ebenfalls herabgesetzt, das heißt, Steuerpflichtige sind berechtigt, folgende Abzüge von der Bemessungsgrundlage vorzunehmen:

- Einkünfte aus selbständiger Arbeit und andere Einkünfte, die nicht denen aus nichtselbständiger Arbeit zugerechnet werden, 25 % (35 % in 2007),
- bei Mieteinnahmen sind die Steuerpflichtigen berechtigt die Bemessungsgrundlage um 10 % zu reduzieren (im Jahr 2007 belief sich der Abzug auf 20 %),
- bei Urheberrechts- und Lizenzgebühren: 40 % (50 % im Jahr 2007).

Die oben dargestellten Abzüge können nur von bulgarischen Steuerinländern in Anspruch genommen werden.

Sozialversicherungsbeiträge

Die Sozialversicherungsbeiträge bleiben im Bereich von 33,4 % bis 34,1 %. Jedoch werden die minimale und die maximale Bemessungsgrundlage wie im Folgenden dargestellt geändert:

- Der Mindestversicherungssatz beträgt BGN 220 (EUR 113), mit Ausnahme von selbständig/privat Versicherten, bei denen sich der Betrag auf BGN 240 (EUR 123) beläuft (Vorjahreswerte: entsprechend BGN 180/EUR 92 und BGN 220/EUR 113).
- Der Höchstversicherungssatz wurde von BGN 1.400 (EUR 718) im Jahr 2007 auf BGN 2.000 (EUR 1.025) erhöht.

In den Jahren 2006 und 2007 wurden die Sozialversicherungsbeiträge in dem Verhältnis 65 zu 35 zwischen den Arbeitgebern und Arbeitnehmern aufgeteilt.

Dieses Verhältnis wurde mit Wirkung ab dem Jahr 2008 auf 60 zu 40 (Arbeitgeber/Arbeitnehmer) geändert.

Kontakt vor Ort

Ginka Iskrova, Telefon: +359 (2) 93 55-1 00

Lettland Sozialversicherungs- beiträge

Diese Ausgabe der "Osteuropa kompakt" stellt die wichtigsten Veränderungen bezüglich der Sozialversicherungsbeiträge und des steuerpflichtigen Einkommens dar, welche ab Anfang 2008 in Kraft getreten sind. Ab dem 1. Januar 2008 sind die folgenden Sätze anzuwenden:

Kategorien	Arbeit- geber	Arbeit- nehmer	Insgesamt
Arbeitnehmer, der von allen Arten der Sozialversicherung erfasst ist:	24,09 %	9 %	33,09 %
Arbeitnehmer im pensionsfähigen Alter (Altersrente):	20,57 %	7,69 %	28,26 %
Rentner oder Erwerbsunfähige der Stufe III (Sonderrenten):	22,28 %	8,33 %	30,61 %

Sozialversicherungsbeiträge werden für Beschäftigungseinkommen im Jahr 2008 von bis zu LVL 29.600 (EUR 41.722) je Arbeitgeber erhoben.

Zu versteuerndes Einkommen

In Fällen, in denen das monatliche Gehalt des Arbeitnehmers mit Hilfe von EDV (gemäß dem Einkommensteuergesetz) ermittelt wird, können die folgenden Beträge vom Bruttogehalt abgezogen werden:

- der Sozialversicherungsbeitrag des Arbeitnehmers;
- ein persönlicher Freibetrag i. H. v. LVL 80 (ca. EUR 113);
- Familienangehörigen-Freibeträge i. H. v. LVL 56 (ca. EUR 79) für jedes Mitglied, das in den Lohnunterlagen eingetragen ist;
- Abzug i. H. v. LVL 96 (ca. EUR 135) bei der Schwerbehindertenklasse I und II, der anstelle des persönlichen Freibetrages tritt. Für die Schwerbehindertenklasse III beträgt der Abzug LVL 75 (ca. EUR 106);
- Abzug i. H. v. LVL 96 (ca. EUR 135) für Personen, die früher wegen politischen Meinungsäußerung verfolgt wurden, und Mitglieder der nationalen Widerstandsbewegungen, die Empfänger von Altersrenten sind (oder LVL 176/ ca. EUR 248, wenn sie es nicht sind).

Keiner der oben genannten Abzüge ist für nicht in Lettland ansässige Personen vorgesehen. Personen, die in anderen EU-Mitgliedstaaten ansässig sind und mehr als 75 % des Gesamteinkommens aus Lettland beziehen, können Steuererklärungen abgeben und die übergezahlten Beträge zur Einkommensteuer, Sozialversicherung, wohltätige Spenden, private Rentenvorsorge, in Lettland gezahlte Versicherungsprämien (wenn im Rahmen der gesetzlich vorgeschriebenen Grenzen) zurückerstattet bekommen. Ab Anfang des Jahres 2008 wurde auch der monatliche Mindestlohn auf LVL 160 (EUR 226) erhöht. Die Mindeststundensätze betragen LVL 0,96 (EUR 1,35), mit der Ausnahme von Minderjährigen, die einen Anspruch auf Mindeststundenlohn i. H. v. LVL 1,1 (EUR 1,55) haben.

Kontakt vor Ort

Zlata Elksnina-Zascirinska, Telefon: +371 7 09-44 00

Russland Umsatzsteuer- kontrollsystem

Die Regierung der Russischen Föderation (RF) hat mit der Anordnung vom 7. März 2008 die Einführung eines Kontrollsystems über die Ausfuhr von Waren vom Zollterritorium der RF und die Rechtmäßigkeit der Anwendung des 0%-igen Mehrwertsteuersatzes bei Warenexporten verabschiedet. Das Konzept vervollständigt das System des behördenübergreifenden

Informationsaustauschs. Die Waren, die im Zollregime exportiert werden, sowie die Arbeiten und die Dienstleistungen, die unmittelbar mit der Herstellung der Exportgüter verbunden sind oder mit der Realisierung und der Beförderung solcher Güter im Zusammenhang stehen, werden mit dem 0%-igen Mehrwertsteuersatz belegt. Dementsprechend haben die russischen Exporteure das Recht auf Erstattung der Vorsteuer die von ihnen beim Erwerb der materiellen Ressourcen für die Herstellung und der Realisierung der exportierenden Waren bezahlt wurde. Zurzeit übersteigt in Russland die Erstattung der Vorsteuer mehr als das doppelte des tatsächlichen Umfangs der Exporte, was zu bedeutenden Verlusten des föderalen Budgets führt. Durch die Erstellung des neuen Systems bis Ende 2010 wird eine höhere Effektivität der Arbeit der Zollorgane durch die faktische Abschaffung der Papierform für Ausfuhrbestätigungen gewährleistet. Weiterhin wird sich die Zeit für die Registrierung bei der Ausfuhr von Waren durch die Grenzkontrollpunkte verringern.

Quelle: Zeitschrift "Der russische Steuerbote";
http://www.rnk.ru/news_6208.html

Bankenaußenstellen

Der Präsident der Russischen Föderation hat entsprechende Änderungen zum Artikel 22 des Gesetzes "Über Banken und Bankgeschäfte" unterzeichnet. Das Gesetz ist auf die Benutzerfreundlichkeit für Kunden der Kreditorganisationen und die Erweiterung der Aktivitäten von Kreditorganisationen in den Regionen gerichtet. Den Kreditorganisationen ist es nun erlaubt, innere strukturelle Unterabteilungen (entsprechen den deutschen Bankfilialen) außerhalb des Firmensitzes der Bank zu eröffnen. In den normativen Akten der Bank Russlands soll festgelegt werden, welche Tätigkeiten und Geschäfte die strukturellen Unterabteilungen der Banken ausüben dürfen. Bisher durften die Banken lediglich die sogenannten Filialen (Niederlassungen) eröffnen, deren Errichtung eines sehr großen Verwaltungsaufwandes bedarf, bis zu Satzungsänderungen der ganzen Bank hin.

Quelle: Agentur der Konsultationen und der geschäftlichen Information "Die Wirtschaft(Ökonomie) und das Leben"; <http://www.akdi.ru/news08/317.htm>

Kontakt vor Ort

Christian Ziegler, Telefon: +7495 232 5461

Hans-Peter Zerf, Telefon: +7495 232 5410

Kontakt in Deutschland

Daniel Kast, Telefon: +49 (30) 26 36-52 52

Stanislav Rogojine, Telefon: +49 (30) 26 36-52 07

Serbien Körperschaftsteuer

Das serbische Parlament hat vor kurzem Änderungen zu dem Körperschaftsteuergesetz vorgeschlagen. Jedoch ist es ungewiss, wann die Änderungen übernommen und in Kraft treten werden. In der Ausgabe "Osteuropa kompakt" Nummer 42 haben wir die wichtigsten Neuregelungen präsentiert. In dieser Ausgabe beschreiben wir die neuen erhöhten Voraussetzungen für Steuerermäßigungen. Die Mindestinvestitionsgrenze für Sachanlagen, die zu einer zehnjährigen Steuerbefreiung berechtigt, wird von RSD 600 Mio. auf RSD 800 Mio. (von ca. EUR 6,2 Mio. auf ca. EUR 9,4 Mio.) erhöht. Die Anzahl der Angestellten (mindestens 100) muss innerhalb dieses Zeitraumes konstant bleiben. Die übrigen Bedingungen wurden nicht modifiziert.

Einkommensteuer

In Serbien ansässige natürliche Personen sind verpflichtet, jährlich Steuererklärungen abzugeben, wenn deren Weltnettoeinkommen höher ist als:

- bei serbischen Staatsangehörigen: RSD 1.394.784 (das dreifache des durchschnittlichen Jahresgehaltes - ca. EUR 14.484),

- bei anderen Staatsangehörigen: RSD 2.324.640 (das fünffache des durchschnittlichen Jahresgehaltes - ca. EUR 24.139).

Nachstehende persönliche Freibeträge und Abzüge gelten einheitlich für Serben und Ausländer:

- für Steuerpflichtige: RSD 185.971,20 (40 % des durchschnittlichen Jahresgehaltes - ca. EUR 1.931),
- im Fall von abhängigen Familienangehörigen: RSD 69.739,20 (15 % des durchschnittlichen Jahresgehaltes pro abhängiges Familienmitglied - ca. EUR 724).

Kontakt vor Ort

Marija Bojovic, Telefon: +381 (11) 33 02-1 00

Slowakische Republik Grenzüberschreitende Verschmelzung

Am 1. Januar 2008 ist die Novelle zum Handelsgesetzbuch in Kraft getreten. Eines der wichtigsten Ziele der Novelle ist die Implementierung der EU-Richtlinie zur grenzüberschreitenden Verschmelzung von Gesellschaften. Die Bestimmungen des Handelsgesetzbuches bei Verschmelzung durch Aufnahme oder zur Neugründung bei Gesellschaften mit Sitz innerhalb der EU sind anzuwenden, wenn mindestens eine der beteiligten Gesellschaften ihren Sitz in der Slowakei hat. Die Bestimmungen über grenzüberschreitende Verschmelzungen beziehen sich auf sämtliche Gesellschaften, die die slowakische Rechtsordnung kennt. Das Handelsgesetzbuch legt fest, dass grenzüberschreitende Verschmelzungen nur für Gesellschaften mit ähnlicher Rechtsform zugelassen sind. Die Erfüllung der Bedingung einer ähnlichen Rechtsform sowie die Beachtung anderer erforderlicher Bedingungen zur Registrierung der Nachfolgegesellschaft im Handelsregister bei grenzüberschreitenden Verschmelzungen werden vom zuständigen Gericht beurteilt. Sofern vom Handelsgesetzbuch nicht anders spezifiziert, werden für grenzüberschreitende Verschmelzungen von Gesellschaften (einschließlich der offenen Handelsgesellschaften oder einer Kommanditgesellschaft) entsprechende, auf die Aktiengesellschaften bezogene Bestimmungen angewendet. Eine grenzüberschreitende Verschmelzung wird wirksam am Tag der Löschung der aufzulösenden slowakischen Gesellschaft aus dem Handelsregister und der Eintragung der neuen Gesellschaft ins Handelsregister. Beide Eintragungen erfolgen am selben Tag, wenn die Nachfolgegesellschaft ihren Sitz in der Slowakei hat. Andererseits erfolgt die Löschung der aufzulösenden slowakischen Gesellschaft aus dem Handelsregister erst nach Zustellung einer verbindlichen Bescheinigung des zuständigen ausländischen Handelsregisters über die Eintragung der grenzüberschreitenden Verschmelzung.

Kontakt vor Ort

Susann Philipp, Telefon: +421 (2) 59 35-06 56

Tschechische Republik Handelsrechtlicher Jahresabschluss

Am 1. Januar 2008 sind neue Anforderungen bezüglich der in den Anhang aufzunehmenden Informationen sowie eine erweiterte Aufzeichnungspflicht im Konzernabschluss in Kraft getreten. Die im Folgenden dargestellten Veränderungen sind für Bilanzstichtage ab dem 29. Juni 2008 anzuwenden.

• Informationen über Geschäftsvorfälle der nahestehenden Personen

Die berichterstattende Einheit muss im Anhang Informationen über Geschäftsvorfälle zwischen nahestehenden Personen offenlegen, vorausgesetzt es handelt sich um wesentliche Transaktionen, die die Bestimmungen des Fremdvergleichs nicht erfüllen. Sofern eine Transaktion nur zwischen der berichterstattenden Gesellschaft und deren Alleineigentümer vereinbart wurde, besteht die Pflicht zur Offenlegung nicht. Die Definition aus den IFRS, die auch im EU Recht festgeschrieben ist, muss zur Bestimmung

der nahestehenden Personen angewandt werden. Informationen über die jeweiligen Geschäftsvorfälle können je nach deren Beschaffenheit zu Gruppen zusammengefasst werden. Wesentliche Transaktionen, müssen einzeln verzeichnet werden. Soweit Schwierigkeiten bestehen einzuschätzen, ob Transaktionen von wesentlicher Bedeutung sind oder dem Fremdvergleichsgrundsatz entsprechen, ist dem durch Offenlegung der Transaktionen im Anhang zu begegnen.

• **Offenlegung von Informationen über Wirtschaftsprüfer-Leistungen**

Die berichterstattende Einheit muss separat im Anhang Informationen bezüglich des Gesamtbetrags der Gebühren, die an den Wirtschaftsprüfer für die Prüfung, dazugehörige Leistungen sowie für die Beratung gezahlt wurden, veröffentlichen. Im Falle, dass die Information schon im Konzernabschluss veröffentlicht wurde, müssen sie nicht noch einmal im Anhang des Jahresabschlusses angegeben werden.

Immaterielle Wirtschaftsgüter

Am 1. Januar 2008 ist die Novelle der Verordnung über die Buchhaltung in Kraft getreten, die ein vollständiges Verzeichnis von Posten beinhaltet, die nicht als immaterielle Wirtschaftsgüter betrachtet werden können. Angesichts der Tatsache, dass die Definition von immateriellen Wirtschaftsgütern in steuerlichen Vorschriften und ihre Definition an Bilanzierungsvorschriften gekoppelt sind, gibt diese Bestimmung den Steuerzahlern mehr Sicherheit bei der Entscheidung über die Zuordnung von einzelnen Posten. In der Vergangenheit war es oft schwierig zu entscheiden, ob bestimmte Posten die allgemeine Definition von immateriellen Wirtschaftsgütern erfüllen, die abgeschrieben werden müssen, oder ob sie einen Aufwand darstellen, d. h. Aufwand der laufenden Periode oder Aufwandsabgrenzung. Bis Ende des Jahres 2007 beinhaltete die Verordnung nur die Definition, was immaterielle Wirtschaftsgüter sind, und legte zugleich bestimmte Kriterien für ihre Definierung fest. Der neue Wortlaut präzisiert die Definition durch die Festlegung von Posten, die keine immateriellen Wirtschaftsgüter sind: Sachverständigengutachten, Marktforschung, Entwicklungspläne, Vorschläge für Werbeaktionen, Zertifizierung von Qualitätsmanagementsystemen und die Software für den Betrieb von Technologien oder Anlagen, die ohne solche Software nicht funktionieren könnten. Im Weiteren liegt es ausschließlich im Ermessen der Buchungseinheit, ob sie technische und energetische Prüfungen, Waldwirtschaftspläne und Bewirtschaftungspläne für Einzugsgebiete als immaterielle Wirtschaftsgüter oder Aufwand verbuchen. Auf diese Weise soll die Unsicherheit bei der Klassifizierung von immateriellen Wirtschaftsgütern vermieden werden.

Kontakt vor Ort

Lenka Mrázová, Telefon: +420 (2) 51 15-25 53

Kontakt in Deutschland

Monika Diekert, Telefon: +49 (30) 26 36-52 25

Ungarn Jahresbericht

Die bisherige Regelung bestimmte für Unternehmen Form und Inhalt der Jahresberichte und der konsolidierten Jahresberichte, die Haftungsfrage blieb jedoch im Gesetz ungeklärt. Zum 1. Januar 2008 wird diese Frage dadurch klargestellt, dass vorschriftsmäßige Zusammenstellung der Jahres- und Geschäftsberichte zur gemeinsamen Pflicht für die Mitglieder der Führungs- und Aufsichtsgremien gemacht wurde. Der konsolidierte Bericht und der Jahresbericht müssen neben der Angabe des Ortes und des Datums von der Person unterschrieben werden, die zur Vertretung der Muttergesellschaft berechtigt ist. Diese Änderungen bedeuten für die Mitglieder der Führungs- und Aufsichtsgremien der Unternehmen eine strengere Haftung, denn sie müssen in Zukunft persönlich für den Inhalt und die Bekanntmachung der Berichte die

Verantwortung tragen. Eine wichtige Änderung im Jahr 2008 ist, dass der Bericht über das kommende Geschäftsjahr auch auf elektronischem Wege bekannt gemacht werden muss. In dieser Form muss auch der Bericht an das Handelsgericht eingereicht werden.

Änderungen in der Steuerprüfung

Allgemein plant die Steuerbehörde für das Jahr 2008, den präventiven Maßnahmen gegen Steuervermeidung und der Risikoanalyse sowie der schnellen Reaktionsfähigkeit der Behörde bei Verstößen eine größere Rolle zu gewähren.

Zukünftig werden die folgenden Bereiche verschärft kontrolliert:

20 % der - ohne Rechtsvorgänger - neu gegründeten Unternehmen, die mittels Risikoanalyse ausgewählt werden; steuerpflichtige Unternehmen, die ihren Sitz häufig wechseln; zwei oder mehr Unternehmen, die denselben Sitz, Kundenkreis, Geschäftsführung oder Zustellungsbeauftragte haben. Der Vermögenszuwachs von Privatpersonen und ihren engen Verwandten wird ebenso verschärft kontrolliert werden. Schwerpunkt der Prüfung werden Steuerpflichtige mit hohen Umsätzen bei geringer Umsatzsteuerzahllast sein. Wenn es notwendig ist, wird die Prüfung auch auf Kontakte zwischen Lieferanten und Kunden ausgedehnt. In Zukunft werden die Verrechnungspreise zwischen verbundenen Unternehmen und Steuersubjekte der vereinfachten Unternehmenssteuer (EVA) noch schärfer kontrolliert.

Kontakt vor Ort

Dr. Mark-Tell Madl, Telefon: +36 (1) 4 61-97 21

Bulgaria New flat tax

As of 1 January 2008 all employment income, regardless of the tax residency status of the recipient, is taxed with a flat tax of 10 %. Employment income now also includes management fees paid to Bulgarian tax residents. The same rate also applies to the following income: capital gains from disposal of real estate, income of freelancers, service fees, rental income, royalties and licence fees.

Dividend income liquidation proceeds

Bulgarian-source dividend income and liquidation proceeds are taxed with a final 5 % tax (7 % in 2007). This rate applies to both Bulgarian and foreign tax residents. The 5 % tax rate applies to foreign-source dividend income and liquidation proceeds received by Bulgarian tax residents (7 % in 2007).

Tax allowances

The tax deductions for parents with children are abolished. Donations are recognised up to 5 % of the tax base if made to specific organisations and legal entities listed in the law. The tax deductions for donations to individuals (e. g. disabled and socially disadvantaged people) are also cancelled. Expenses recognised by statute for management income are also abolished. Up to now, managers were allowed to reduce their taxable base by 10 %. The expenses for other types of income are reduced, i. e. tax payers are able to make deductions from their taxable base as follows:

- Income for freelancers and other non-employment income - 25 % (35 % in 2007),
- Rental income - 10 % (20 % in 2007),
- Royalties and licence fees - 40 % (50 % in 2007).

The above mentioned tax deductions are applicable to the income of Bulgarian tax residents only.

Social security contributions

The overall social security contribution remains in the range from 33.4 % to 34.1 %. However, the minimum and maximum insurance base is increased:

- The minimal insurance base to BGN 220 (EUR 113), and to BGN 240 (EUR 123) for self-insured (BGN 180 (EUR 92) and BGN 220 (EUR 113) respectively in 2007).

- The maximum insurance base to BGN 2,000 (EUR 1,025) (BGN 1,400 (EUR 718) in 2007).

In 2006 and 2007, the contribution was split between employer and employee in 65:35 ratios. In 2008, the ratio is 60:40 (employer : employee).

Latvia

Social security contributions

This issue of "Osteuropa kompakt" summarizes amendments relating to social security rates and taxable income effective from the beginning of 2008.

From 1 January 2008, the following rates apply:

Category	Employer	Employee	Total
Employee covered by all types of social insurance:	24.09 %	9 %	33.09 %
Employee of pensionable age (old age pension):	20.57 %	7.69 %	28.26 %
Retirement pensioner or disabled class III (special pension):	22.28 %	8.33 %	30.61 %

Social security contributions are payable on employment income of up to LVL 29,600 (EUR 41,722) in 2008 with each employer if there is more than one.

Taxable income

When computing an employee's monthly income subject to personal income tax, the following items may be deducted from his or her gross salary:

- the employee's social security contribution;
- a personal allowance of LVL 80 (approx. EUR 113);
- a dependant allowance of LVL 56 (approx. EUR 79) for each person recorded in his or her salary book;
- an allowance of LVL 96 (approx. EUR 135) for class I or II disabled persons. This replaces the personal allowance. For class III the amount is LVL 75 (approx. EUR 106);
- an allowance of LVL 96 (approx. EUR 135) for people whom the government formerly persecuted for their political views and for members of the national resistance movement if they receive an old age pension (or LVL 176 (approx. EUR 248) if they do not).

None of these allowances is available to non Latvian residents.

Persons-residents in another EU member state and who earn more than 75 % of their total income from Latvia may file their annual income tax return in Latvia to recover any overpaid personal income tax on social security contributions, charitable donations, author's expenses, contributions to private pension funds and insurance premium paid in Latvia, subject to statutory limits.

From 1 January 2008, the minimum wage has been increased to LVL 160 (approx. EUR 226) per month. The minimum hourly rate is LVL 0.96 (approx. EUR 1.35), except for under age teenagers, who are entitled to LVL 1.1 (approx. EUR 1.55) per hour.

Serbia

Corporate Income Tax

The Serbian Parliament has recently announced the government's proposal for amending the Corporate Income Tax Law. However, it is uncertain when the proposed amendments will be adopted and take effect. In "Osteuropa kompakt" N° 42 we presented the main amendments, in this issue we described the new restrictions that are related to the use of tax incentives. The minimum investment on property, plan and equipment in order to qualify for ten years of tax holiday will be raised from RSD 600 m to RSD 800 m (from EUR 7.2 m to EUR 9.7 m). In the tax period when the taxpayer qualified for tax holiday the number of employees (minimum 100) must be retained throughout the whole tax holiday period. The other conditions remain the same.

Personal Income Tax

Individuals required to submit annual returns are Serbian tax residents whose worldwide net income is higher than:

- Serbian citizen: RSD 1,394,784 (three times average annual salary - approx. EUR 14,484);
- Non-Serbian citizen: RSD 2,324,640 (five times average annual salary - approx. EUR 24,139).

The same personal deductions and allowances apply to both Serbian and foreign national:

- In the case of the taxpayer: RSD 185,971.20 (40 % of the average annual salary - approx. EUR 1,931);
- In the case of dependent family members: RSD 69,739.20 (15 % of the average annual salary per dependent - approx. EUR 724).

Slovak Republic Cross-border mergers

An amendment to the Slovak Commercial Code came into effect on 1 January 2008. One of the main aims of the amendment was the implementation of the EU Directive on cross-border mergers and amalgamations. The Slovak Commercial Code applies to mergers or amalgamations of companies having their registered offices within EU Member States, if at least one of the merging entity has its registered seat in Slovakia. The rules for cross-border mergers and amalgamations apply to all types of legal entities recognized under Slovak law. The Commercial Code stipulates that cross-border mergers and amalgamations are possible between similar legal forms of companies. Courts will decide whether merging companies have similar legal forms and will examine whether all the conditions have been met to enter the company resulting from the merger in the Slovak Commercial Register. Unless the Commercial Code stipulates otherwise, a Slovak company (even a general partnership or a limited partnership) that is involved in a merger shall be subject to the provisions on mergers and amalgamations that apply to joint-stock companies.

The cross-border merger will come into effect on the day the wound-up Slovak company is deleted from the Commercial Register and the new company is entered into the Commercial Register. Both acts will occur on the same day if the new company has its registered seat in Slovakia. Otherwise, the Slovak Commercial Register will delete the Slovak merging company after receiving binding confirmation from the appropriate foreign register on the merger.

Czech Republic Financial statements

New requirements for disclosing information in the notes to the financial statements and consolidated financial statements came into force on 1 January 2008. The following changes will be effective for financial statements with the balance sheet date, on or after 29 June 2008.

• Information on related party transactions

The reporting entity must disclose in the notes information about related-party transactions, provided that these transactions are material and have not been entered into under an arm's-length basis. Provided that a transaction has been entered into only by the reporting entity and its sole owner there is no obligation to disclose this information. The IFRS definition stipulated by the EU law has to be used in order to define "related parties". Information about the transactions may be grouped according to their nature; however, if an individual transaction is material, it has to be shown separately.

There may be a problem to assess whether these transactions are material and whether they have been entered into on arm's-length basis. This may be addressed by disclosing all these transactions regardless of the conditions under which they have been realised.

• Disclosing auditors' services

The reporting entity must disclose separately in the notes to the financial statements information about the total fees paid to the auditor for the fiscal

period for the statutory audit, other assurance services, tax advisory, and other non-assurance services. In the event that this information is already disclosed in the notes to the consolidated financial statement, it does not need to be restated in the notes to the financial statements.

Intangible assets

As of 1 January 2008 a Czech Decree on accounting contains an exhaustive list of items that cannot be considered as intangible assets. Due to the fact that the definition of intangible assets in tax legislation and the definition in accounting legislation are interconnected, this provision gives taxpayers greater certainty when deciding on the classification of items that, in the past, would have been difficult to assess in terms of whether they fulfil the general definition of intangible assets, which have to be depreciated, or whether they represent a cost, i. e. a cost of the current period or an accrued/deferred cost.

Until the end of 2007, the decree contained only a definition of what an intangible asset is and, at the same time, stipulated certain criteria for defining intangible assets. The new wording specifies the definition by stating what items are not intangible assets; expert opinions, market research, development plans, proposals for promotional and advertising events, quality system certification, and software for operating technology or for equipment that cannot function without this software. Furthermore, it is solely up to the accounting unit whether to book technical end energy audits, forestry management plans, and watershed area plans as intangible assets or costs. Thus, uncertainty when classifying intangible assets should be eased.

Hungary Annual report

The previous rule specified the form and content of annual reports and consolidated annual reports but did not deal with the issues of liability. From 1 January 2008, the members of company's highest decision-making bodies, the executive body and the supervisory body are jointly liable within their respective organization to ensure that the company's annual reports and other business reports are prepared in accordance with the applicable regulation. Additionally, a consolidated annual report must be signed by a person who is authorized to represent the parent company and must state the date and place of signature. These changes place considerable additional liabilities on the members of the decision-making bodies, the executive body and the supervisory body, who are now held personally liable for the publication of annual reports and the contents of such reports. Another important development is that annual reports for fiscal years starting in 2008 must be both published and filed electronically with the relevant Court of Registration.

Changes in tax audits

In general, the tax authority will place greater emphasis on preventing tax evasion, on risk analysis and on rapid reaction to potential violations in 2008.

Priority audit areas:

The tax authority will target 20 % of the newly - without predecessors - established companies, selected on the basis of risk analysis; entities that change their registered office frequently; and two or more taxpayers that share the same registered office, owners, managing directors or delivery agents. Wealth audits focusing on individuals and their close relatives will also receive priority. The tax authority will place greater emphasis on auditing companies with high turnover but low payable VAT, extending audits to cover supplier-buyer relationship, if necessary. The tax authority will pay more attention to transfer pricing and to taxpayers that are taxed under the simplified entrepreneurial tax regime.

Ansprechpartner für die Region Mittel- und Osteuropa in Deutschland

Daniel Kast
Lise-Meitner-Straße 1
10589 Berlin
Telefon: + 49 (30) 26 36-52 52
daniel.kast@de.pwc.com

Monika Diekert
Lise-Meitner-Straße 1
10589 Berlin
Telefon: + 49 (30) 26 36-52 25
diekert.monika@de.pwc.com

Stanislav Rogojine
Lise-Meitner-Straße 1
10589 Berlin
Telefon: + 49 (30) 26 36-52 07
stanislav.rogojine@de.pwc.com

Abonnement

Wenn Sie unseren Newsletter abonnieren möchten, schicken Sie bitte eine E-Mail an Celina Maciejewski: celina.maciejewski@de.pwc.com.